

Der Prolog des Johannesevangeliums scheint für den Politikwissenschaftler auf den ersten Blick ein völlig fachfremder Text zu sein. Nach dem „Anfang“ der Welt oder den Ursprüngen des Lebens zu fragen, das überlässt man doch besser den Naturwissenschaftlern, die Rede von Gott und der „Herrlichkeit des einzigen Sohnes vom Vater“ den Theologen, die Suche nach „Erleuchtung“ durch „das wahre Licht“ den Philosophen. Ein erster terminologischer Anhaltspunkt der Relevanz des Textes für das Politische mag der Schlüsselbegriff „Wort“ sein. „Alles ist durch das Wort geworden“ – gilt das nicht auch für politische Karrieren, insbesondere im demokratischen Zeitalter? Ist nicht die Kommunikationskompetenz heutzutage für Politiker wichtiger geworden als Sachkompetenz?

Herrschaft als geistige Macht

„Der Staat ist der Status, die Statik, die Gleichgewichtslage der Meinungen“, definierte 1930 der spanische Philosoph José Ortega y Gasset, um zu der Einsicht zu führen, „dass Herrschen Vorherrschaft einer Meinung, also einer Geisteshaltung, bedeutet, dass Herrschaft letzten Endes nichts anderes ist als geistige Macht“. Diese kann nur durch das geschriebene oder gesprochene Wort errungen werden. Damit wird „die Sprache zu einem Faktor der Politik. Die Politik wirkt ein auf die Inhalte der Begriffe und ist bemüht, sie zu verändern und durch neue Begriffe abzustützen, damit ihre Wertgrundlagen und Ziele sich in der Sprache

niederschlagen“, stellte Wolfgang Bergsdorf in seiner grundlegenden Studie „Herrschaft und Sprache“ 1983 fest; Politiker nutzten „die Appellfähigkeit der politischen Sprache, die Parteinahme herbeiführen will, um Unterstützung zu gewinnen“.

Begriffsklärungen: Logos – Politik – Inkarnation

Es griffe aber viel zu kurz, den im Johannes-Prolog als „Wort“ übersetzten *Logos* im politischen Horizont nur auf die Rhetorik zu beziehen. Sein Bedeutungsspektrum reicht von „Wort“ und „Rede“ über „Sinn“, „Gehalt“ und „Geist“ bis hin zu „innerlich sinnvollem Gefüge“, „geistigem Weltgrund“ und „alles durchwaltender Weltvernunft“. Durch eine logische, sinnvolle Struktur und Ordnung wird die physische Welt zum Kosmos, im Gegensatz zu einem sinnlosen Chaos. Spätestens in diesem Verständnis tritt der *Logos* auch in Beziehung zur Politik, deren Aufgabe es, ganz fundamental betrachtet, ist, den chaotischen „bellum omnia contra omnes“ (Hobbes) des Naturzustandes durch Etablierung einer Staatsgewalt zu beenden, dieser Struktur und Ordnung zu geben („polity“) und innerhalb dieser Ordnung sachpolitisch Rahmenbedingungen für ein „gutes Leben“ der Bürger zu gestalten („policy“) – auch wenn es in der Parteipolitik als Kampf um Macht („politics“) oft gar nicht „logisch“ und reichlich irrational zuzugehen scheint.

Unter den Bedingungen moderner Massenkommunikation, insbesondere des

Fernsehens mit seiner großen Reichweite und audiovisuellen Suggestionskraft, seiner Tendenz zur Personalisierung, Simplifizierung und Emotionalisierung, hat sich eine „Stimmungsdemokratie“ entwickelt, in der das Walten des *Logos* der Macht des Augenscheins und des Affekts strukturell unterlegen zu sein scheint. Das bekommt übrigens auch die Kirche zu spüren, etwa dann, wenn nach monatelanger medialer „Aufklärungsarbeit“ zum sexuellen Missbrauch im Juni 2010 laut Allensbach fast jeder zweite Deutsche (47 Prozent) meinte, „dass Kindesmissbrauch unter Priestern in der katholischen Kirche weit verbreitet ist“; nur 36 Prozent vertraten die zutreffende Einschätzung, dass „nur eine kleine Minderheit“ der Priester betroffen sei.

„In die Wirklichkeit eingegangene Idee“

Die Definition des *Logos* als einer „in die Wirklichkeit, auch in die Körperwelt eingegangenen Idee“ (Josef de Vries) konkretisiert sich nun aber auch theologisch, wo der Evangelist Johannes den menschengewordenen Gottessohn Jesus Christus den einzig wahren *Logos* nennt. „Und das Wort ist Fleisch geworden und hat unter uns gewohnt“ (Joh 1,14). Mit diesem heilsgeschichtlichen Datum der „Inkarnation“ ist das „Reich Gottes“ angebrochen, das zu vollenden zwar göttlicher Gnade und Vorsehung vorbehalten ist, woran mitzuarbeiten Gott aber die Menschen aufruft.

„Inkarnation“ meint insofern nicht nur das kosmische Ereignis der Geburt Jesu Christi auf dem Planeten Erde. „Inkarnation ist geradezu das Kriterium jeder vitalen Gestalt jüdischer und christlicher Existenz“, betont der Bonner Dogmatikprofessor Karl-Heinz-Menke: „Der Gott, den Jesus ‚Vater‘ nannte, ist keine Chiffre und schon gar keine Projektionsfläche für selbst gebastelte Werte. Im Gegenteil: Er ist unangenehm konkret. Sein Wille –

von Israel ‚Tora‘ genannt – soll das Leben des auserwählten Volkes so prägen, dass die anderen Völker sich von selbst anschließen.

Die politische Relevanz christlicher Hoffnung

In der Bibel wird der Versuch, ganze Lebensbereiche von Gottes Willen abzukoppeln, als heidnisch bezeichnet. Und was für das auserwählte Volk Israel gilt, gilt analog für die Kirche: Wo ihre Mitglieder das Leben in Wirtschaft, Ausbildung, Wissenschaft, Beruf und Familie als Tabuzonen des Glaubens betrachten, da bietet das Christentum das Bild einer fortschreitenden Schwindsucht. [...] Wo das Christentum zu einer unsichtbaren Privatsache wird, ist es desinkarniert und deshalb in zunehmendem Maße wirkungslos“ (*Die Politische Meinung* Nr. 493).

Das Politische als das Nicht-Private schlechthin, obgleich hier nicht ausdrücklich genannt, hat durch die christliche Religion wesentliche, wenn auch durch unterschiedliche kulturelle Voraussetzungen und eigene Deformationen teilweise widersprüchliche Impulse erfahren. Idealerweise gilt jedoch: Der christliche Gedanke der Weltüberwindung durch Jesu Kreuzesopfer und der Geborgenheit im Letzten durch die Auferstehungshoffnung setzt eine Grundgelassenheit im „Vorletzten“ frei, die zu unaufgeregtem Engagement und Widerstand gegen ideologische Heilsangebote und Radikalismus befähigt.

„Die christliche Hoffnung fängt die Weltunsicherheit auf durch das Vertrauen auf den, der die Welt überwunden hat. Sie ist gefeit gegen heilstopischen Aktionismus wie gegen Aussteigertum aus Angst. Sie greift nicht zu hoch und schlägt deshalb nicht um in Enttäuschung oder Verzweiflung. Sie lässt sich nicht erschüttern durch das Scheitern der Entwürfe, weil sie das mögliche Scheitern von vornherein ein-

Wolfgang Bergsdorf im Jahr 2009 bei einer Audienz von Papst Benedikt XVI.
(im Hintergrund unter anderen Paul Kirchhof und Monsignore Georg Gänswein).

© Foto: Servizio Fotografico de „L'O.R.“, Rom



kalkuliert. Sie akzeptiert die Unvollkommenheit dieser Welt und bietet ihr – das Bild einer besseren vor Augen – Widerstand. Sie fordert Bewährung im Dienst für die anvertrauten vergänglichen Güter. Sie entbindet das scheinbar Widersprüchliche: Hingabe und Distanz, Anstrengung und Gelassenheit. Sie gibt auch dem politischen Wirken fröhliche Tatkraft, weil sie die Perspektive der Zukunft, damit die Möglichkeit von Sinn, über die Grenzen der Zeitlichkeit hinaus offenhält. Der Christ bewährt sich auch als *Homo politicus*, gemäß dem Lutherwort, dadurch, dass er, selbst dann, wenn er sicher wüsste, dass morgen die Welt unterginge, heute

noch ein Bäumchen pflanzte“ (Josef Isensee).

Vertrauen in die Mitmenschen

Mit ihrem in deutschen Umfragen nachweisbaren größeren Grundvertrauen gegenüber den Mitmenschen verbindet sich bei kirchennahen Christen eine ebenso ausgeprägte Bescheidenheit und Skepsis gegenüber den Möglichkeiten einer besseren Welt. Nach der religionssoziologischen Studie *Die neuen Gesichter Gottes* von Klaus-Peter Jörns meint fast jeder zweite Atheist, aber nicht einmal jeder dritte Gläubige: „Die Welt könnte wesentlich besser sein“; umgekehrt vertreten zwei Drittel der Gläubigen, aber nur

die Hälfte der Atheisten die Meinung: „Die Welt ist eigentlich nicht schlecht, der Mensch ist das Problem.“ So ergibt sich das Paradox: Atheisten vertrauen den konkreten Menschen weniger, doch sie trauen dem Menschen an sich mehr zu. Ein Widerspruch? Dann nicht, wenn man die pessimistische Antwort auf die anderen und die optimistische mehr auf sich selbst bezieht: Wer nichts kennt, was den Menschen übersteigt, ist in gewisser Weise darauf angewiesen, sich selbst vertrauenswürdig zu finden.

Zu einem übermäßig positiven Selbstbild – denn wer sich nicht durch göttliche Gnade „gerechtfertigt“ weiß, wird dazu neigen, sich selbst zu rechtfertigen oder gar keinen Grund für irgendwelche Rechenschaft zu sehen – passt eine Suche der Verantwortung für das unabweisbar Böse in den Strukturen der Gesellschaft, also faktisch bei den anderen (Fremdattribution). „Was wir als böse erleben, ist Ergebnis ungerechter Systeme, in denen wir leben“, meinten in Jörns' Erhebung 44 Prozent der Atheisten, aber nur zwölf Prozent der Gottgläubigen. „Das sogenannte Böse sind in Wahrheit Aggressionen, die wir brauchen, um uns im Leben behaupten zu können“, meint jeder dritte Atheist, aber nur jeder fünfte Gläubige. Durch diese beiden Formen der politisch-moralischen und psychologischen Selbstentschuldung (Exkulpation) ist der Weg in den Verdruss über andere, über Politiker, „das System“ oder „die Gesellschaft“, geebnet – und der Weg in großstrukturelle Weltverbesserungsentwürfe. Die Folgen sind bekannt:

Materialismus und Menschenverachtung

Beide verheerenden gesellschaftlichen Großversuche links- und rechtsradikaler Provenienz im zwanzigsten Jahrhundert gründeten auf einer dezidiert (wenn auch teil- oder zeitweise undeklariert) antichristlichen, antikirchlichen und atheisti-

schen Ideologie und produzierten menschenverachtenden Terror, Rassen- und Klassenhass bis hin zum Massenmord. Der Dresdner Bischof Joachim Reinelt erklärte bei der Verleihung des Heinrich-Pesch-Preises 1992 in Bonn: „Wir möchten jeden warnen, der glaubt, die religiöse Basis für Recht und Gesetz ohne Schaden leugnen zu können. Wer den religiösen Grundbezug des Menschen zerstört, greift den Menschen selber an. Nach der schmerzlichen Erfahrung des braunen und roten Systems müsste doch eigentlich die Einsicht in Besseres jedem möglich sein. Wer Gott aus den Herzen der Menschen reißt, weckt die wölfischen Instinkte. Wer einmal miterlebt hat, was die Idee bewirken kann, dass am Anfang nicht der Logos, sondern die Materie steht, hat keine Lust, die Konsequenzen aus diesem Irrtum noch einmal zu tragen.“

Schon 1945 wurde die totale Verwüstung Deutschlands und großer Teile Europas von maßgeblichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geradezu metaphysisch als Folge eines Abfalls von der angestammten Religion gedeutet. Prototypisch dafür war Konrad Adenauers Aussage auf einer Veranstaltung der CDU in Wuppertal im Mai 1946: „Wir haben gesehen, wohin wir gekommen sind, da man die Grundsätze des Christentums verlassen hat: zu der Tiefe, in der wir uns jetzt befinden. Den Delegierten des zweiten Bundesparteitages 1951 in Karlsruhe schärfte er ein, „die ethischen Ziele, die ethischen Gesetze“, die „allein den Menschen den inneren Halt und die innere Festigkeit geben“, wurzelten „auf religiösem Boden“.

Welcher Christdemokrat wagt diesen Teil des geistigen Erbes Adenauers, in dessen Nimbus man sich sonst gerne sonnt, heute noch zu vertreten? Wer wagt es heute noch, den von Adenauer im September 1952 vor dem CDU-Bundesparteiausschuss proklamierten „Kampf um die Seele des deutschen Volkes und um die

Seele Europas, die christliche Seele Europas“, aufzunehmen? Wer schließt sich des „Alten“ brandaktueller Überzeugung an: „Wir müssen gegenüber dem materialistischen Zeitgeist letzten Endes den Sieg davontragen“?

Wolfgang Bergsdorf hat die Kirchen stets eindringlich ermutigt, sich nicht „zu einer Sozialagentur degradieren“ zu lassen, sondern „von der stärksten Kraft öffentlich Gebrauch zu machen, über die sie verfügt, und das ist die Kraft ihrer inneren Wahrheit. Vermag sie diese Überzeugungskraft nicht aufzubringen, entzieht sie der pluralistischen Gesellschaft und dem ungeheuren Orientierungsbedarf ihrer Menschen das, was niemand anders zu leisten vermag: ihre geistigen Grundlagen, ihre Spiritualität, ihre Menschlichkeit und ihre Freiheit“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 22. Dezember 1991).

Politik als Beruf des Christen

Der kritische Rationalist Karl Raimund Popper warnt zugleich drastisch und differenziert vor menschlicher Selbstüberschätzung: „Die Hybris, die uns versuchen lässt, das Himmelreich auf Erden zu verwirklichen, verführt uns dazu, unsere gute Erde in eine Hölle zu verwandeln [...]. Wenn wir die Welt nicht wieder ins Unglück stürzen wollen, müssen wir unsere Träume der Weltenbeglückung aufgeben. Dennoch können und sollen wir Weltverbesserer bleiben – aber bescheidene Weltverbesserer.“ Ist die Rolle des „bescheidenen Weltverbesserers“ aber nicht geradezu auf den Christen zugeschnitten? Besteht doch das Weltverhältnis des christlichen Glaubens „in jenem überaus differenzierten Verhalten, zu dem es gehört, die Welt sowohl zu fliehen als auch zu gestalten, als auch sie als Gottes Schöpfung gegen die Kräfte der Zerstörung in Schutz zu nehmen, vor allem aber, sie zu ertragen“ (Bernhard Hanssler).

Die christliche Sozialethik fördert, wie der Soziologe Gerhard Schmidtchen be-

tont, einen „Typus der distanzierten Beteiligung“, der für den Bestand und die Funktionen der demokratischen Ordnung eine wichtige Aufgabe erfüllt: „In den neueren Anschauungen über das, was in der Demokratie wünschenswert sei, ist dem Staatsbürger, der dem politischen Geschehen mit distanzierter Aufmerksamkeit folgt, eine besondere Rolle zudedacht. Er soll die Veränderung ermöglichen, er soll bürgerkriegsähnliche Spaltungen der Nation verhindern, und er hält im Ganzen das System für die Zukunft offen. Dieser Staatsbürger ist nicht der Mann der ideologischen Verhärtung.“

Der Christ wird die Verfassungsrealität zwar an übergeordneten Werten messen und daraus einen Impuls zur politischen Verbesserung bewusst ableiten oder unbewusst verspüren. Kraft seines Jenseitsglaubens sollte er aber zugleich immun gegen die Utopie der irdischen Paradiese sein. „Das Politische, in seiner Wichtigkeit reduziert, kann temperiert, diskutabel, pragmatisch, zweckrational werden. Der Gläubige mag in demokratischen Verfahren siegen, als siege er nicht, und verlieren, als verlöre er nicht. Er bringt die Grundgelassenheit in das staatliche Leben ein, auf die das moderierte und limitierte Verfassungssystem angewiesen ist. Er findet hier zwar den Ort seiner zeitlichen Bewährung, aber nicht den seiner endgültigen Erfüllung“ (Josef Isensee).

Damit entspräche der Christ durchaus dem Anforderungsprofil, das Max Weber in seinem berühmten Vortrag vom Oktober 1919 für all jene entwarf, die „Politik als Beruf“ betreiben. „Jede Art selbstständig leitender Tätigkeit“ – so seine Definition von Politik –, vor allem aber die Leitung oder Beeinflussung der Leitung eines politischen Verbandes, verlange vornehmlich die drei Qualitäten Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß: Leidenschaft im Sinne der

Hingabe an eine Sache, Verantwortlichkeit gegenüber dieser Sache als „entscheidenden Leitstern des Handelns“ und Augenmaß als „die Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen“, als eine „Distanz zu den Dingen und Menschen“.

Heiße Leidenschaft und kühles Augenmaß

Distanzlosigkeit sei eine „Todsünde jedes Politikers“ und das Problem, „wie heiße Leidenschaft und kühles Augenmaß miteinander in derselben Seele zusammengezwungen werden können“. Der Christ, der sich in der streitigen Verwirklichung des Guten mit Tapferkeit und Beharrlichkeit vor Gott zu bewähren hat und zugleich durch die Geborgenheit im Letzten Distanz zum Vorletzten gewinnt; der im Wissen um seine eigene Schuld und Erlösungsbedürftigkeit statt moralischen Rigorismus jene Nachsicht walten lassen kann, die geduldig mit der Unzulänglichkeit der Welt umgeht, sollte eigentlich, wie Weber fordert, gewappnet sein „mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern der Hoffnungen gewachsen ist. Nur wer sicher ist, dass er nicht daran zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber: ‚dennoch!‘ zu sagen vermag, nur der hat den ‚Beruf‘ zur Politik“ – im engeren auf den Staat bezogenen Sinn wie im weiteren Sinn jedweder Leitungsaufgabe im gesellschaftlichen Bereich.

Katholische Ordo-Orientierung

Es kann daher beunruhigen, wenn Verbandskatholiken – wie beim Mannheimer Auftakt zum „Gesprächsprozess“ der deutschen katholischen Kirche – feststellen, dass nur noch wenige von ihnen in die Politik gehen. Mag sein, dass dies auch die Spätwirkung einer kirchlichen Fehlentwicklung ist, vor der Wolf-

gang Bergsdorf schon frühzeitig warnte: Hinsichtlich der Verbreitung des Klischees, Macht sei „an sich böse, gleichviel wer sie ausübe“ (Jacob Burckhardt), gelte es „stark zu differenzieren. In dem Maße, in dem sich zum Beispiel Schriftsteller dieses Klischees immer weniger bedienen, gewinnt es an Repetierhäufigkeit bei der geistes- und sozialwissenschaftlichen einschließlich der theologischen Intelligenz“ (*Über die Macht der Kultur*, 1988). Letztere hat es offenbar jahrzehntelang versäumt, dem Schutz des Rechts verpflichtete Macht und Gewalt als „paradoxe Gestalt der Liebe“ (Helmut Gollwitzer) zu verstehen, wie es die Stellung von Römer 13 im Kontext der *Agape* biblisch doch eigentlich nahelegt.

Zur wahren christlichen Spiritualität gehörte immer, auch im politischen Horizont „das ganze Bild der Ordnung aufrechtzuerhalten, in das man eingefügt ist. Das Ideal des Guten der christlichen Tradition bedeutet, schon inwendig an diesem Reich Gottes mitzubauen“ (Rüdiger Safranski). Solche Ordo-Orientierung, aus der die sozial gestaltende Kraft des deutschen Katholizismus erwuchs und die den EKD-Ratsvorsitzenden (1949 bis 1961) Otto Dibelius sogar sagen einmal sagen ließ: „Überlassen wir die Politik den Katholiken!“, scheint heute sowohl in Bezug auf die Ordnung der Gesellschaft wie auch auf die Ordnung der Kirche rar geworden.

In den Vordergrund schoben sich „Anliegen“ und Geltungsansprüche des Einzelnen, die eilfertig und empathisch unterstützt werden, ohne sie einer Abwägung mit Sinn und Bestand eines Normengefüges und institutionellen Ordnungsinteresses zu unterziehen. Insofern ist die Inkarnation des Logos in seiner Bedeutung als „sinnvolle Struktur und Ordnung“ heute für Christen gerade im politischen Horizont zu einem Desiderat geworden, das zu bearbeiten die Anstrengung der Besten herausfordert.